Fortsetzung der Haushaltsberatungen

Der Bürgermeister wies auf die soeben verteilte Tischvorlage hin, aus der die in der vorangegangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beschlossenen Empfehlungen zum Haushalt 2014/2015 ersichtlich sind.

Herr Metz teilte mit, dass seine Fraktion die lfd. Nr. 7, 8, 9, 10 und 14 aus der noch zu beratenden Zusammenstellung aller Anträge zurückzieht.

Dann rief der Bürgermeister zunächst den TOP 5.3.1, DS-Nr. 13/0359, auf. Er teilte mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss diese Beschlussempfehlung einstimmig gefasst habe.

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin fordert das Ministerium für Inneres und Kommunales auf, die feste Stichtagsregelung zum 31.12.2010 für die verschiedenen Umschuldungsmöglichkeiten für Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) gemäß Erlass SMBI NRW 652 (Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden (GV) in eine fortschreitende Stichtagsregelung – z.B. in „zum 31.12. des borgegangenen Jahres“ – zu ändern und informiert auch den nordrhein-westfälischen Landtag über diese Forderung inkl. Begründung“.

einstimmig

Dann wurde die Beratung der eingereichten Anträge fortgesetzt.

Lfd. Nr. 6
Produkt 03-02-01, Seite 544, Teil 1
Entwurf Doppelhaushalt 2014/2015; Realisierung zur Verbesserung der Raumsituation für die Verpflegungsbereitstellung an den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf (KGS Sankt Martin), Niederpleis (GGS Am Pleiser Wald) und Menden (GGS Max und Moritz);Bereitstellung dazu erforderlicher Haushaltsmittel im Doppelhaushalt 2014/2015 und priorisierte Aufnahme der Infrastrukturmaßnahmen in den Projektstrukturplan der Stadt Sankt Augustin
Gemeinsamer Antrag der CDU- und FDP-Fraktion, DS-Nr. 13/0345

Herr Knülle führte aus, dass im Verlaufe der Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss seitens der Verwaltung vorgeschlagen worden sei, diese Maßnahmen bei den entsprechenden operativen Zielen und Kennzahlen im Haushaltsplan 2014/2015 aufzunehmen, da noch keine Zahlen bezüglich der einzustellenden Haushaltsmittel vorliegen.

Herr Metz wiederholte nochmals seine Ausführungen aus dem Haupt- und Finanzausschuss, wonach Punkt 2 dieses Antrages zurück gezogen werden müsste, da, wie schon erwähnt, keine Zahlen bezüglich der einzustellenden Haushaltsmittel vorliegen würden.

Herr Köhler wiederholte daraufhin seinen Vorschlag aus dem Haupt- und Finanzausschuss, den Punkt 1 dieses Antrages wie folgt zu ändern:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beauftragt die Verwaltung, zur Verbesserung der Raumsituation für die Verpflegungsbereitstellung an den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf (KGS Sankt Martin), Niederpleis (GGS Am Pleiser Wald) und Menden (GGS Max und Moritz) die erforderlichen Haushaltsmittel zu konkretisieren."

Weiter führte Herr Köhler aus, dass damit die Punkte 2, 3 und 4 dieses Antrages nicht mehr relevant seien und daher auch nicht beschlossen werden müssten.

Frau Bergmann-Gries führte u.a. aus, dass bei allen Fraktionen Einvernehmen darüber bestehe, dass diese Maßnahmen unbedingt erforderlich sind. Sie unterbreite daher den Vorschlag, dass, wenn die Zahlen vorliegen würden, in den Fachausschüssen darüber beraten werden soll, welche andere Maßnahmen im Projektstrukturplan entsprechend verschoben werden sollten.

Herr Rupp führte aus, dass zum heutigen Zeitpunkt keine Mittel eingestellt werden können, da noch keine Kostenschätzung vorliegt. Die Verwaltung benötige aber einen Beschluss, dass diese Maßnahmen bei den strategischen Zielen und Kennzahlen im Haushaltsplan aufgenommen werden sollen.

Herr Schell machte daraufhin den Vorschlag, den Punkt 2 des Antrages wie folgt zu ändern:

„sobald die Kosten für die Infrastrukturplanungen vorliegen, erfolgt eine entsprechende Vorlage durch die Verwaltung an den Rat bzw. Haupt- und Finanzausschuss."

Im Verlauf der weiteren Beratung unterbreitete Herr Knülle den Vorschlag, dass folgender Beschluss gefasst werden sollte:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bei dem Produkt 03-02-01 (Grundschulen) - hier: operative Ziele – für die Verbesserung der Raumsituation für die Verpflegungsbereitstellung an den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf , Niederpleis und Menden die erforderlichen Haushaltsmittel zu erarbeiten und priorisiert diese Maßnahmen im Projektstrukturplan."

Herr Piéla führte u.a. aus, da auch in der Gutenberg-Schule der Ganztagsbetrieb aufgenommen werden soll, dass auch hier sich diese Thematik demnächst stellen würde und bat darum, dass dies bei den erforderlichen Überlegungen ebenfalls mit „im Auge" behalten werden soll.

Herr Metz führte daraufhin zum vorliegenden Antrag folgendes aus:

zu Punkt 1: dem können man so zustimmen;
zu Punkt 2: hier soll der Änderungsvorschlag von Herrn Schell eingefügt werden;
zu Punkt 3: wenn dies so beschlossen werden sollte, dann müsste noch eingefügt werden, dass sich bezüglich der Mittelbereitstellung der Rat (Nachtragshaushalt) erneut

hiermit befasst;
zu Punkt 4: hier sollte noch eingefügt werden „…und im Bedarfsfall nach Beratung im Fachausschuss dafür andere Infrastrukturmaßnahmen….
Zusätzlich soll dies noch bei den strategischen Zielen im Haushaltsplan mitaufgeführt werden.

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat folgenden Beschluss:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Raumsituation für die Verpflegungsbereitstellung an den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf (KGS Sankt Martin), Niederpleis (GGS Am Pleiser Wald) und Menden (GGS Max und Moritz) zu verbessern und hierzu:

1. mit den dazu erforderlichen Infrastrukturplanungen in der oben genannten Reihenfolge zügig zu beginnen und die für die Realisierung erforderlichen Haushaltsmittel im Rahmen der Infrastrukturplanungen zu konkretisieren;
2. die für die Infrastrukturplanungen erforderlichen Planungsaufwendungen unmittelbar nach Feststellung dem entsprechenden Gremium zur Beschlussfassung vorzulegen;
3. in den Doppelhaushalt 2014/2015 einen Haushaltsvermerk im Produkt 03-02-01 (Grundschulen) einzufügen, der festschreibt, dass hinsichtlich der im Rahmen der Infrastrukturplanungen konkretisierten und somit erforderlichen Haushaltsmittel für die Realisierung der Verbesserung der Raumsituation seitens der Verwaltung ein Finanzierungsvorschlag für das Haushaltsjahr 2015 vorgelegt wird;
4. die Planungen und Realisierungen dieser Infrastrukturmaßnahmen mit hoher Priorität in den Projektstrukturplan aufzunehmen und im Bedarfsfall nach Beratung im Fachausschuss dafür andere Infrastrukturmaßnahmen aus dem Projektstrukturplan neu zu priorisieren und
5. dieser Beschluss wird entsprechend bei den operativen Zielen im Haushaltsplan festgeschrieben.“

einstimmig

Protokollnotiz:
Bezüglich der Mittelbereitstellung und der Änderung im Projektstrukturplan sind weitere Beratungen in den Fachausschüssen bzw. im Rat erforderlich.

Lfd. Nr. 7
Produkt 04-01-01, Seite 664, Teil 1
Das Kulturprogramm wird neu organisiert und gestrafft. Ab 2015 werden die Aufwendungen in Zeile 13 sowie korrespondierend die Einnahmen in Zeile 5 um 20% gekürzt (jährliche Einsparung ca. 17.000 Euro)
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nr. 8
Produkt 04-02-01, Seite 676, Teil 1
Pauschale Kürzung Zuschüsse Martinszüge um 2.000 Euro ab 2015
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nr. 9
Produkt 05-02-04, Seite 92, Teil 2
Kürzung des Zuschusses zu Altenfesten um 5.000 Euro ab 2014
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nr. 10
Produkt 05-03-01, Seite 106, Teil 2
Streichung des Zuschusses „Hoffnung für das Leben“ in Höhe von jährlich 1.000 Euro ab 2014
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nr. 11
Produktbereich 8, Seite 269 – 304, Teil 2
Entwicklung von Alternativen zum Erhalt der Sportstätten der Stadt
Antrag der SPD-Fraktion, DS-Nr. 13/0369

Herr Knülle schlug vor, diesen Antrag in den Fachausschuss Kultur, Sport und Freizeit zu verweisen.

Hierüber herrschte Einvernehmen im Rat.

Lfd. Nr. 12
Produkt 11-01-01, 11-01-02, 11-01-03, Seite 395 – 423, Teil 2
Rekommunalisierung der Energieversorgung zur Verbesserung der städtischen Einnahmen
Antrag der SPD-Fraktion, DS-Nr. 13/0367

Zunächst begründete Herr Knülle den Antrag. Er führte hierzu u.a. aus, dass es aus seiner Sicht erforderlich sei, dass zügig ein entsprechender Zeitplan für die erforderlichen Beratungen und Entscheidungen zur Rekommunalisierung der Energieversorgung auf dem Stadtgebiet und damit der erforderlichen Einrichtung eigener Stadtwerk erarbeitet werden muss. Hierdurch sollen neue Einnahmequellen für die Stadt erschlossen werden.

Herr Schell führte hierzu u.a. aus, dass die Stadt sehr wohl Einnahmen aus diesem Bereich erhält. Des Weiteren sind schon diesbezüglich entsprechende Beschlüsse gefasst worden. Die CDU-Fraktion werde daher diesem Antrag nicht zustimmen.

Frau Jung führte hierzu u.a. aus, dass zu dieser Thematik noch mehr Informationen erforderlich seien. Sie schlug daher vor, dass hier ein sogenannter „Runder Tisch“ einberufen werden sollte, an den alle Vertreter aus Politik und der Energieversorgung

(EVG, Rhenag etc.) teilnehmen sollten. Gleichzeitig verwies sie darauf, dass der Rhein-Sieg-Kreis den Ankauf von Rhenag-Aktien vertagt habe. Abschließend schlug sie vor, diesen Antrag ins nächste Jahr zu vertagen, um, wie angesprochen, alle notwendigen Informationen im Vorfeld der weiteren Beratungen einholen zu können.

Herr Metz führte hierzu u.a. aus, dass sich der Rat und die entsprechenden Fachausschüsse schon seit Jahren mit dieser Thematik befassen würden. Seine Fraktion stehe weiterhin zu dem Projekt EVG. Dem Antrag, dass ein entsprechender Zeitplan erstellt werden soll, könne seine Fraktion so zustimmen.

In der weiteren Aussprache machten Herr Waldästl für die SPD-Fraktion und Frau Schmidt für die Fraktion Aufbruch deutlich, warum aus ihrer Sicht es unbedingt erforderlich sei, einen entsprechenden Zeitplan zügig aufzustellen. Frau Schmidt führte weiterhin aus, dass ihre Fraktion daher diesem Antrag zustimmen werde.

Dann wurde über diesen Antrag wie folgt abgestimmt:

21 Ja-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Aufbruch)
27 Nein-Stimmen (CDU, FDP, Volksabstimmung)

Somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Lfd. Nr. 13
Produkt 12-02-01 / Invest.-Nr. 07-00104, Seite 480, Teil 2
Der Pauschalansatz „Erweiterung Straßenbeleuchtung“ wird ab 2017 komplett gestrichen (Einsparung jährlich 11.000 Euro)
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zunächst begründete Herr Metz den Antrag.

Frau Jung und Herr Schell führten jeweils aus, dass dieser Ansatz bestehen bleiben soll und dass ihre Fraktionen diesem Antrag nicht zustimmen werden.

Herr Köhler führte aus, dass seine Fraktion diesem Antrag zustimmen werde.

Dann wurde über diesen Antrag wie folgt abgestimmt:

21 Ja-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Aufbruch)
27 Nein-Stimmen (CDU, SPD, FDP, Volksabstimmung)

Somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Lfd. Nr. 14
Produkt 15-01-01, Seite 604, Teil 2
: Das Projekt „Mittelstandsorientierte Verwaltung“ wird nicht umgesetzt. Einsparung 5.000 Euro in 2014 (Zeilen 13 und 16) und ab 2015 jährlich 2.000 Euro
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nr. 15
Produkte: verschiedene
Haushaltsklarheiten und –wahrheiten – Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses
Antrag der SPD-Fraktion, DS-Nr. 13/0370

Herr Knülle führte hierzu aus, dass es für die zukünftigen Haushaltsberatungen sinnvoll sei, wenn es deutlicher als bisher ersichtlich würde, für welche Maßnahmen Fördermittel beantragt werden können bzw. zur Verfügung stehen würden. Wenn die Verwaltung diesem Anliegen zu stimmen würde, so wäre dieser Antrag als erledigt zu betrachten.

Der Bürgermeister führte daraufhin aus, dass dies seitens der Verwaltung in Zukunft erfolgen werde, indem seitens der Fachverwaltung eine entsprechende Aufstellung für die dann zu führenden Haushaltsberatungen erstellt werde. Dies könne jedoch im eigentlichen Haushaltsplan nicht so erwünscht dargestellt werden. Hierzu werden dann aber entsprechende Aufstellungen bzw. Listen für die Beratungen erstellt werden.

Herr Knülle erklärte sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Somit ist dieser Antrag als erledigt anzusehen.

Dann schloss der Bürgermeister die Haushaltsberatungen. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit unterbreitete der Bürgermeister den Vorschlag, dass sich die Fraktionsvorsitzenden in der nun folgenden Sitzungspause absprechen sollten, ob die jeweiligen Haushaltsreden gehalten oder direkt dem Protokoll beigefügt werden sollten.

Dann verlas der Bürgermeister folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Sankt Augustin für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 mit den dazu gehörenden Anlagen sowie das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2014 bis 2022 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss am 27.11.2013 und am 11.12.2013 empfohlenen Änderungen sowie die in der heutigen Sitzung (11.12.2013) des Rates beschlossenen Änderungen. Außerdem beschließt der Rat der Stadt Sankt Augustin den Stellenplan für die Jahre 2014/2015 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Rat am 16.10.2013 beschlossenen sowie die in der heutigen Sitzung (11.12.2013) des Rates beschlossenen Änderungen.“

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Sankt Augustin für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 mit den dazu gehörenden Anlagen sowie das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2014 bis 2022 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss am 27.11.2013 und am

11.12.2013 empfohlenen Änderungen sowie die in der heutigen Sitzung (11.12.2013) des Rates beschlossenen Änderungen. Außerdem beschließt der Rat der Stadt Sankt Augustin den Stellenplan für die Jahre 2014/2015 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Rat am 16.10.2013 beschlossenen sowie die in der heutigen Sitzung (11.12.2013) des Rates beschlossenen Änderungen."

41 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, Volksabstimmung)
7 Nein-Stimmen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Aufbruch)

Dann erfolgte eine Sitzungspause.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte der Bürgermeister mit, dass sich die Fraktionsvorsitzenden darauf verständigt haben, die jeweiligen Haushaltsreden nicht zu halten und diese direkt zum Protokoll zu geben. Sobald alle Haushaltsreden vorliegen, werden sie vorab den Fraktionen übermittelt.

Ende öffentlicher Teil